

August 2006

Legislaturprogramm 2006-2010 der SP Gemeinderatsfraktion

Unser Wahlprogramm:

Wir machen uns stark für Uster

Für eine Stadt mit einer guten Schule

- Die Stadt Uster sorgt für ein Ganztagesangebot an schulergänzender Betreuung mit Mittagstischen und Aufgabenhilfen.
- Die Stadt Uster führt an der Primar- und Oberstufe Schulsozialarbeit ein.
- Die Stadt Uster setzt sich für eine kulturelle Vielfalt ein und entwickelt die Stadtbibliothek zu einem kulturellen Begegnungsort.

Für eine Stadt mit hoher Lebensqualität

- Die Stadt Uster führt flächendeckend Tempo 30 in den Wohnquartieren ein und fördert den Langsamverkehr im Zentrum.
- Die Stadt Uster kauft das Zeughausareal und realisiert zusammen mit Baugenossenschaften ein städtebaulich hochwertiges Quartier und schafft Raum für kulturelle Zwecke.
- Die Stadt Uster setzt sich aktiv für die Erhaltung eines intakten Lebensraums für Mensch, Tier und Pflanzen ein.

Für eine Stadt mit gelebter Solidarität

- Die Stadt Uster fördert aktiv die Integration der Migrantinnen und Migranten in die Gemeinschaft.
- Die Stadt Uster unterstützt die Vereine durch ideelle und finanzielle Beiträge.
- Die Stadt Uster schafft öffentlichen Begegnungs- und Lebensraum.

Für eine Stadt mit finanzpolitischem Augenmass

- Die Stadt Uster investiert gezielt in die Standortfaktoren Bildung, familienergänzende Betreuung, öffentlicher Verkehr, Kultur und Sport.
- Die Stadt Uster setzt sich aktiv für eine ausgleichende und gerechte Steuerpolitik ein.
- Die Stadt Uster hinterfragt ihre Leistungen, sie spart aber nicht bei den sozial Benachteiligten.

Unser Legislaturprogramm: So machen wir uns stark im Parlament

Bereich Bildung und Kultur

a) Ziele

Uster soll über ein vielfältiges kulturelles Angebot verfügen. Dazu gehört eine attraktive Bibliothek und eine Villa am Aabach mit Ausstrahlung.

Die Schule soll gemäss neuem Volksschulgesetz entwickelt und den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Dazu gehört insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Stadt Uster verfügt über eine aktive Jugendpolitik, welche Freiräume erlaubt, die Integration ausländischer Jugendlicher fördert und dazu beiträgt, dass alle Jugendlichen eine faire Chance für einen qualifizierten Berufseinstieg erhalten.

b) Massnahmen

- Das Zeughausareal ist auch kulturell zu nutzen.
- Der Qbus und die Villa am Aabach werden als kulturelle Brennpunkte weiterbetrieben.
- Die Bibliotheken in Uster sind zu modernisieren und untereinander besser zu vernetzen.
- Uster erstellt ein Kulturraumkonzept und erarbeitet eine Umsetzungsstrategie.
- Für den Stadthofsaal ist eine Strategie zu entwickeln. Die SP befürwortet zum heutigen Zeitpunkt einen Abriss und einen Neubau unter Einbezug des gesamten Areals (Perimeter Stadthofsaal, Stadtpark, Landihalle)
- Der Zugang zum Musikunterricht ist für alle sicherzustellen.
- Schulsozialarbeit wird bei der Primarschule und der Oberstufenschule eingeführt.
- Familienergänzende Tagesstrukturen sind baldmöglichst einzuführen.

- Die Stadt formuliert ihre Jugendpolitik und konkretisiert diese mit Zielen und Massnahmen. Dazu gehört ein Lehrstellen - Pooling zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit sowie Integrationsmassnahmen.
- Die Stadt bietet auch auf Stufe Kader Teilzeitstellen an für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bietet die Möglichkeit eines Vaterschaftsurlaubes.

Bereich Soziales und Gesundheit

a) Ziele

Die Abfallbewirtschaftung soll ihren hohen Stand halten und neue Möglichkeiten, insbesondere im Bereich der Grünabfälle, prüfen.

Für den weiter steigenden Anteil der älteren Bevölkerung sind bedarfsgerechte Angebote bei der Spitex und in den Heimen zur Verfügung zu stellen. Die Wohn- und Pflegequalität soll ihren heutigen Stand mindestens halten.

Der bestehende Spardruck darf nicht zu einem Leistungsabbau bei den Ärmsten der Gesellschaft führen. Der Stand der sozialen Sicherheit muss mindestens gesichert werden.

Die Dorfbadi soll als attraktiver Treffpunkt, insbesondere für Familien und Kinder, aufrechterhalten werden.

b) Massnahmen

- Das Einführen einer separaten Grünabfuhr in Kombination mit einer regionalen Kompogasanlage ist zu prüfen.
- Die Wohn- und Pflegequalität der Heime ist periodisch überprüfen zu lassen.
- Die rechtzeitige Bebeistandung ist sicherzustellen.
- Für die Dorfbadi ist eine langfristige und nachhaltige Bewirtschaftung sicherzustellen.

Bereich Planung und Bau

a) Ziele

Uster findet zu einem neuen Mobilitätsverständnis. Tempo 30 wird baldmöglichst flächendeckend in den Wohnquartieren realisiert, der Langsamverkehr wird im Zentrum gefördert. Um Uster als Einkaufstandort attraktiver zu gestalten wird eine grosse verkehrsfreie Fussgängerzone im Zentrum realisiert.

Die städtebauliche Entwicklungsstrategie wird umgesetzt. Das Zeughausareal, der Stadtpark, das Zellweger-Luwa - Areal und die Gebiete am Aabach tragen dazu bei, dass Uster ein attraktiver Wohnort bleibt und eine vielfältig Ausstrahlung erhält: Auf den Arealen finden Wohnen, Kultur und Dienstleistungen in einem ausgewogenen Verhältnis Raum.

Das Gebiet Stadtpark, Stadthofsaal, Landihalle wird als Gesamtensemble betrachtet und entwickelt. Ziel ist eine attraktive Einbindung in das Zentrum und ein attraktiver Begegnungs- und Lebensraum.

b) Massnahmen

- Es werden flankierende Massnahmen zur Oberlandautobahn realisiert, die das Zentrum vor weiterem Durchgangsverkehr schützen.
- Die Sicherheit auf und neben der Brunnenstrasse wird erhöht.
- Der Stadthofsaal wird durch einen attraktiven Neubau ersetzt.
- Die anstehenden Chancen bei der Braschlergasse hinter dem Stadthaus werden genutzt. Die Stadt sichert sich diesen strategischen Standort und ermöglicht den Weiterbetrieb des Qbus.
- Das Zeughausareal erhält eine sinnvolle Nutzung, welche Kulturveranstaltern und Wohnbaugenossenschaften neue Chancen bietet.
- Das Zentrum erhält eine grosszügige verkehrsfreie Fussgängerzone. Die Attraktivität des Zentrums wird zusammen mit den Detailhändlern erhöht.
- Das Gebiet rund um die Schifflande wird attraktiver gestaltet und das Seerestaurant La boîte realisiert.

- Der Landschaft in der näheren Umgebung wird Sorge getragen und das Landschaftsentwicklungskonzept wird kontinuierlich umgesetzt

Bereich Öffentliche Dienste und Sicherheit

a) Ziele

Die Errungenschaften der neuen Verfassung werden in der Revision der Gemeindeordnung umgesetzt und das Ziel der Einheitsgemeinde (inkl. Oberstufe) sachte vorangetrieben. Die Integration und Mitbestimmungsmöglichkeiten der ausländischen Bevölkerung wird verbessert. Das Einbürgerungsverfahren und insbesondere die Behandlung der Einbürgerungsgesuche im Rat sollen würdig und effizient ausgestaltet werden.

Die Finanzpolitik der Stadt soll nachhaltig ausgestaltet und die vorhandenen Mittel sorgfältig eingesetzt werden. Der Steuerfuss soll mit einem mittelfristigen Horizont derart festgelegt werden, dass Uster die nötigen Investitionen tätigen kann und eine nachhaltige Finanzierung gewährleistet wird. Die erarbeiteten Überschüsse der letzten Jahre sollen zielgerichtet in die Lebensqualität von Uster investiert werden.

Die SP will eine aktive Liegenschaftenpolitik, bei der die Stadtentwicklung im Vordergrund steht und nicht kurzfristiges finanzpolitisches Profitdenken. Strategisch wichtige Liegenschaften sollen zukünftig analog dem Stadthofsaal gekauft werden, Land in Wohnzonen im Baurecht abgegeben werden.

Für die Erhöhung der Sicherheit und Steigerung der Lebensqualität wird Tempo 30 in den Wohnquartieren eingeführt. Die Sicherheit im Ort soll durch eine bürgernahe und vorausschauende Polizeiarbeit gewährleistet werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden soll vor allem im Sicherheitsbereich weitergeführt und weiterentwickelt werden.

b) Massnahmen

- Aus stadtplanerischer Sicht sind wichtige strategische Liegenschaften oder Baugebiete zu kaufen oder anderweitig zu sichern.

- Eine aktive Wohnbaupolitik wird vorangetrieben, Bauland in Wohnzonen wird nur noch im Baurecht abgegeben. Die Zusammenarbeit mit den Wohnbaugenossenschaften ist zu verstärken und zu institutionalisieren.
- Die städtische Rechnung soll periodisch durch eine professionelle Revisionsgesellschaft geprüft werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen zu qualitativen Verbesserungen der Prüfungen sowie des Instrumentariums, beispielsweise der Kosten-Leistungs-Rechnung oder der Investitionsplanung, führen.
- Die Diskussion um die Einheitsgemeinde ist aufrecht zu erhalten.
- Die Politik der "leeren Kassen" wird bekämpft. Mit den Steuergeldern ist weiterhin sorgsam umzugehen. Die Höhe des Steuerfusses soll nicht jährlich ändern sondern die mittelfristig absehbaren Einflussfaktoren berücksichtigen. Keine Steuersenkungen auf Kosten einer angemessenen Werterhaltung der Infrastrukturen.